SATZUNG

der Partei LISTE MADELEINE PETROVIC

1. NAME UND RECHTSFORM

Die „Liste Madeleine Petrovic“ ist eine Partei gemäß Parteiengesetz 2012 (BGBl I Nr. 56/2012 zuletzt geändert mit BGBl I 24/2020) mit Sitz in 2640 Gloggnitz, Bezirk Neunkirchen, Niederösterreich.

Die für Wahlgänge erforderliche Kurzbezeichnung wird nach Maßgabe der Bestimmungen der jeweils gültigen Wahlordnung festgelegt.

2. TÄTIGKEITSBEREICH

Der Tätigkeitsbereich der Partei erstreckt sich auf das Bundesgebiet der Republik Österreich und Europa.

3. ZWECK

Die Partei tritt nach demokratischen Grundsätzen für die Interessen der Bevölkerung ein. Sie will durch die gemeinsame Tätigkeit eine umfassende Beeinflussung der staatlichen Willensbildung erzielen und allenfalls auch bei Wahlen teilnehmen.

4. GRUNDSÄTZE DER PARTEI

Wir sind davon überzeugt, dass die Demokratie die beste Staatsform ist. Demokratie bedeutet, Souveränität der Bevölkerung und geht davon aus, dass diese in der Gemeinschaft die besten Entscheidungen für den Staat trifft. Je mehr Meinungen und Aspekte miteinbezogen werden, desto besser und tragfähiger sind die Entscheidungen.

Im Hinblick auf unser politisches Auftreten und Handeln sprechen wir uns für eine Kultur des gegenseitigen Respekts aus, weil wir überzeugt sind, dass nur diese zum Erhalt einer ‚gesunden‘ Demokratie beitragen kann. Die uneingeschränkte Einhaltung der Grund- und Menschenrechte ist für uns ein zentrales Anliegen.

Unsere Politik baut auf den beschlossenen Grundwerten und auf dem Grundsatzprogramm auf.

Wir wollen einen Prozess des Gesprächs und der Zusammenarbeit, der niemanden ausgrenzt, sondern für alle Interessierten offen ist.

5. ORGANE

Organe der „Liste Madeleine Petrovic“ auf Bundesebene sind

- der Bundesversammlung (Mitgliederversammlung)
- der Bundesausschuss (Bundesvorstand gemeinsam mit den Landeskoordinatoren)
- der Bundesvorstand
- die Rechnungsprüfer/innen
- das Bundesschiedsgericht

6. BERATENDES GREMIUM

Die Partei kann ein oder mehrere beratende Gremien einrichten. Sie beraten den Vorstand. Die Personen des Gremiums unterstützen diesen in strategischen, politischen und fachlichen Fragen. Die Aufnahme in das Gremium und das Ausscheiden ist durch Vorstandsbeschluss (einfache Mehrheit) oder durch Austritt möglich.

7. MITGLIEDSCHAFT

Die Partei besteht aus ordentlichen Mitgliedern und außerordentlichen Mitgliedern.

Ordentliche Mitglieder (Vollmitgliedschaft) können juristische Personen mit Sitz in Österreich und alle natürlichen Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft oder inländischem Hauptwohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt werden, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, sich zu den Grundsätzen der Partei bekennen, und regelmäßig Mitgliedsbeitrag zahlen. Juristische Personen üben die Mitgliedschaft durch schriftlich Bevollmächtigte aus. Die Höhe bzw. die Bedingungen des Mitgliedsbeitrags bestimmt der Bundesvorstand. Der Beitrag ist jährlich im Voraus zu entrichten.

Die Proponenten der Parteigründung sind automatisch per Gründung der Partei ordentliche Mitglieder mit allen aktiven und passiven Stimmrechten.

Außerordentliche Mitglieder können juristische Personen mit Sitz in Österreich und alle natürlichen Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft oder inländischem Hauptwohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt werden, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, sich zu den Grundsätzen der Partei bekennen, und regelmäßig Mitgliedsbeitrag zahlen.

Außerordentliche Mitglieder gliedern sich in Förderer und aktive Unterstützer/innen.

Förderer leisten ihren Beitrag durch einen monatlichen Mitgliedsbeitrag.

Aktive Unterstützer/innen leisten ihren Beitrag durch Mitarbeit bei (Wahlkampf-)Veranstaltungen, Aktionen und Parteiarbeit, sowie die Entrichtung des jährlichen Mitgliedsbeitrages.

Ein Wechsel über die Mitgliedsart ist möglich. Der Wechsel von einem ordentlichen Mitglied zu einem außerordentlichen Mitglied erfolgt durch schriftliche Erklärung an den Bundesvorstand. Der Wechsel von außerordentlichem Mitglied zu ordentlichem Mitglied erfolgt mittels regulärer Beitrittserklärung.

Die Mitgliedschaft neuer (ordentlicher und außerordentlicher) Mitglieder wird durch Beitritt erworben. Die jeweilige schriftliche Beitrittserklärung ist an den Bundesvorstand zu richten. Dieser trifft die Entscheidung mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet der/die Bundesvorstandsvorsitzende/r. Der Bundesvorstand kann den Beitritt ohne Angabe von Gründen ablehnen. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Aufnahme durch den Bundesvorstand.

Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Austritt oder Ausschluss.

Die Austrittserklärung ist schriftlich an den Bundesvorstand zu richten und wird ohne weiteres zum Zeitpunkt des Einlangens wirksam.

Mitglieder, die dem Ansehen der Partei schaden oder gegen die Satzung oder das Grundsatzprogramm verstoßen, können mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen werden. Über den Ausschluss entscheidet der Bundesvorstand mit zwei Drittel Mehrheit.

Der Ausschluss kann innerhalb von zwei Wochen ab Zustellung der Entscheidung vom betroffenen Mitglied beim Bundesschiedsgericht angefochten werden. Die Anfechtung hat keine aufschiebende Wirkung. Das Bundesschiedsgericht hat innerhalb von vier Wochen nach Einlangen der schriftlichen begründeten Stellungnahme des Bundesvorstands sowie der schriftlichen Replik des ausgeschlossenen Mitglieds zu entscheiden. Es kann den Ausschluss bestätigen oder ihn vorübergehend aufheben und die Angelegenheit an

die Mitgliederversammlung verweisen, die mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen über den Ausschluss endgültig zu entscheiden hat.

8. RECHTE DER MITGLIEDER

(a) Recht auf Sitzungsteilnahme

Jedes Mitglied hat das Recht an der Mitgliederversammlung der „Liste Madeleine Petrovic“ teilzunehmen, sofern in der betreffenden Geschäftsordnung nichts anderes vorgesehen ist und der fällige Mitgliedsbeitrag entrichtet wurde.

(b) Wahlrecht

Jedes ordentliche Mitglied hat entsprechend den Satzungen der „Liste Madeleine Petrovic“ ein aktives und passives Wahlrecht. Das aktive Wahlrecht erhält jedes Mitglied 8 Wochen nach Aufnahme durch den Bundesvorstand. Der Bundesvorstand kann durch Beschluss ein vorzeitiges Wahlrecht gewähren.

Das passive Wahlrecht erhält jedes Mitglied, das eine natürliche Person ist, umgehend nach Aufnahme durch den Bundesvorstand. Der Bundesvorstand kann mit Beschluss auch Nicht-Mitgliedern das passive Wahlrecht erteilen.

Wahlen sind persönlich und geheim durchzuführen. Für Wahlen in Funktionen bzw. in Vertretungsebenen gilt grundsätzlich das Einzelwahlprinzip (getrennte Wahlgänge).

(c) Informationspflicht

Jedes Mitglied hat das Recht sich über alle Schriftstücke bzw. Beschlüsse der Organe in Kenntnis zu setzen, in die es gewählt/entsendet wurde. Es hat das Recht auf Zusendung von Einladungen in allen Gremien, in die es gewählt/entsendet wurde.

(d) Pflichten

Jedes Mitglied soll sich für die politischen Ziele der „Liste Madeleine Petrovic“ einsetzen, soweit dies nach Maßgabe der persönlichen Situation möglich und zumutbar ist.

Interne Meinungsverschiedenheiten sind tunlichst intern zu klären und gegebenenfalls an den Bundesvorstand heranzutragen. Die Betroffenen werden sich bemühen, einvernehmliche Lösungen zu finden.

9. BUNDESVERSAMMLUNG (MITGLIEDERVERSAMMLUNG)

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ der Partei. Sie besteht aus allen ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern der Partei.

Den Vorsitz der Mitgliederversammlung hat der/die Parteiohmann/frau.

Der/die erste Parteiohmann/frau wird in der konstituierenden Mitgliederversammlung mit drei Viertel Mehrheit auf die Dauer von 6 Monaten gewählt. In der konstituierenden Mitgliederversammlung sind alle anwesenden ordentlichen Mitglieder wahl- und stimmberechtigt.

In dieser konstituierenden Mitgliederversammlung wird der erste Bundesvorstand gewählt und die Satzung beschlossen.

In den weiteren Mitgliederversammlungen sind alle im Sinne von Punkt 6. zum Zeitpunkt der Mitgliederversammlung durch den Bundesvorstand bestimmten Mitglieder stimm- und wahlberechtigt.

Die Mitgliederversammlung findet zumindest einmal im Jahr in Präsenz statt. Sie kann optional online oder hybrid abgehalten werden. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass „ad hoc Mitgliederversammlungen“ durch den/die Parteibmann/frau einberufen werden.

Mitgliederversammlungen werden auch einberufen auf Beschluss des Bundesvorstands oder auf Begehren von mindestens 20 Prozent der Mitglieder oder des/der Rechnungsprüfers/in.

Die Einladung an die Mitglieder hat mindestens 14 Tage vor der Versammlung zu erfolgen. In dringenden Fällen kann die Frist auf 7 Tage verkürzt werden. Die Entscheidung darüber obliegt dem Bundesvorstand.

Ad hoc Mitgliederversammlungen können 2 Stunden vor der Versammlung mittels E-Mail einberufen werden.

Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. In der „ad hoc Mitgliederversammlung“ dürfen/können keine Wahlen stattfinden bzw. Abstimmungen erfolgen, sondern diese dienen bloß der allgemeinen Beratung und allenfalls Vorbereitung einer ordentlichen Mitgliederversammlung.

Nähere Bestimmungen über die Form der Einladung zur Mitgliederversammlung sowie das Einbringen von Anträgen werden in der zu beschließenden Geschäftsordnung festgelegt.

Bis zur Erlassung einer Geschäftsordnung entscheidet der Bundesvorstand über das Procedere der Sitzung mit einfacher Mehrheit.

Der Mitgliederversammlung obliegen:

1. Beschlussfassung über Einwendungen zum Protokoll der letzten Mitgliederversammlung;
2. Beschlussfassung über Wahl des/der Parteibmanns/frau und des Bundesvorstands;
3. Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts des/der Parteibmanns/frau, der weiteren Bundesvorstandsmitglieder;
4. Genehmigung des Jahresabschlusses und Entlastung des Bundesvorstands nach Kenntnisnahme des Berichts des/der Rechnungsprüfer/in;
5. Wahl/Abwahl des/der Parteibmanns/frau und der übrigen Mitglieder des Bundesvorstands;
6. Wahl/Abwahl des/der Rechnungsprüfer/in, der Mitglieder des Schiedsgerichts;
7. Listenerstellung für bundesweite Wahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament;
8. Beschlussfassung über Anträge der Mitglieder;
9. Annahme und Änderung der Satzung, hierfür ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen notwendig;
10. Annahme und Änderung des Parteiprogramms.

Genehmigungen, Abstimmungen und Wahlen gelten - sofern es nicht anders geregelt ist - dann als angenommen, wenn eine zwei Drittel Mehrheit zugestimmt hat. Bei mehreren Auswahlmöglichkeiten gilt jene als genehmigt, angenommen oder gewählt, die die meisten Stimmen erreicht hat.

10. SCHRIFTFÜHRUNG

Von jeder Sitzung muss ein Beschlussprotokoll angefertigt werden. Dieses hat an alle Mitglieder des betreffenden Organs und alle ordentlichen Teilnehmer/innen der Sitzung verschickt zu werden - die Geschäftsordnung regelt die Frist dafür.

Das gibt allen Mitgliedern die Möglichkeit, eventuelle berechtigte Änderungswünsche am Protokoll rechtzeitig, spätestens jedoch zwei Wochen vor der nächsten Sitzung zu beantragen. Dieses berichtigte Protokoll ist immer der erste Tagesordnungspunkt der nächsten Sitzung und muss vom gesamten Organ gebilligt werden. Wenn kein Konsens über den Wortlaut des Protokolls herzustellen ist, haben die verschiedenen Meinungen in das

Protokoll der laufenden Sitzung aufgenommen zu werden. Eine Verlesung des Protokolls ist dann nicht notwendig, wenn dies niemand beantragt. Wenn ein/e Antragsberechtigte/r dies wünscht, hat er/sie das Recht, dass seine/ihre Aussage zu Protokoll genommen wird. Generell ist bei der Protokollabfassung darauf Bedacht zu nehmen, dass über die reinen Beschlüsse hinaus der Verlauf der Sitzung durch das Protokoll wiedergegeben wird.

11. LANDESGRUPPEN

Landesgruppen müssen die Bezeichnung „Liste Madeleine Petrovic“ in ihrem Namen zu Beginn aufweisen. Landesgruppen haben keine eigene Rechtspersönlichkeit. Für die Landesgruppen gilt das Bundesstatut.

Jedes Mitglied gehört entsprechend seines Hauptwohnsitzes oder Sitzes der jeweiligen Landesgruppe an.

Der Bundesvorstand bestimmt den Landeskordinator und den Landeskordinator Stellvertreter. Der/Die Landeskordinator/in repräsentiert die Partei politisch im Bundesland nach außen und koordiniert die politische Tätigkeit der Landesgruppe. Er/sie nimmt diese Aufgabe eigenverantwortlich und mit Unterstützung sowie in enger Abstimmung mit dem Bundesvorstand und den für die Medienarbeit auf Bundesebene verantwortlichen Stellen, wahr.

Den Gründungsprozess einer Landesgruppe leitet der Bundesvorstand ein, sobald im jeweiligen Bundesland 15 Mitglieder erreicht sind.

12. BUNDESVORSTAND

Der Bundesvorstand besteht aus:

- a) Parteivorsitzende (Obmann/-frau)
- b) Bundessprecherin(nen)
- c) Bundesgeschäftsführerin (Organisationsaufbau, Mitgliederverwaltung, ...)
- d) Bundesgeneralsekretärin (Strategie, Öffentlichkeitsarbeit, ...)
- e) Bundesfinanzreferentin (finanzielle Angelegenheiten, Konto, Budgetierung, ...)
- f) Organisationsreferent (organisatorische / ausführende Aufgaben)

Doppelfunktionen sind mit Zustimmung des Bundesvorstandes zulässig.

Die jeweiligen Stellvertreter des Bundesvorstandes führen die Geschäfte der Partei nur im Verhinderungsfall der jeweiligen Bundesvorstände.

Die Funktionsperiode des Bundesvorstands beginnt unmittelbar nach der Wahl.

Die Mitglieder des Bundesvorstands werden in der Mitgliederversammlung auf die Zeit von zwei Jahren gewählt, mit Ausnahme der Regelung von Punkt 9. Die Wahl kann von zwanzig Mitgliedern (sollte es weniger Mitglieder als 20 geben, von 30% der bestehenden Mitglieder), die bei der Wahl ihr aktives oder passives Wahlrecht ausgeübt haben, wegen behaupteten ergebnisrelevanten Verletzungen des Wahlverfahrens bis zum Ablauf des fünften Tages nach der Wahl beim Schiedsgericht angefochten werden.

Die Parteivorsitzende, im Verhinderungsfall eine ihrer Stellvertreter/innen, vertritt die Partei nach außen. Im Innenverhältnis können auch Sprecherinnen Kommunikationsaufgaben wahrnehmen.

Im Innenverhältnis führt der Bundesvorstand die Geschäfte der Partei, soweit diese nicht anderen Organen vorbehalten sind. Der Bundesvorstand bestimmt mit einfacher Mehrheit zwei Vorstandsmitglieder, die die

Entscheidung über die Aufnahme der Mitglieder treffen. Bei Uneinigkeit der entscheidungsbefugten Mitglieder wird die Entscheidung dem Bundesvorstand zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Bundesvorstand ist beschlussfähig, wenn wenigstens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Er fällt seine Beschlüsse mit zwei Drittel Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Obmanns/-frau.

Der Bundesvorstand kann seine Beschlüsse auch im Umlaufwege fassen. Diesfalls ist zur Annahme eines Antrags die Zustimmung der zwei Drittel Mehrheit der Mitglieder des Bundesvorstands erforderlich.

12.1 Vertretungsbefugnis

Die Vertretungsbefugnis für die Liste Madeleine Petrovic ist wie folgt festgelegt:

- Für alle finanziellen Angelegenheiten ist die Bundesfinanzreferentin gemeinsam mit der Parteivorsitzenden, der Bundesgeschäftsführerin verantwortlich.
 - Für den Abschluss von Rechtsgeschäften, die den Umfang von 500 EUR nicht übersteigen besteht für jedes Bundesvorstandsmitglied alleinige Vertretungsbefugnis.
 - Für den Abschluss von Rechtsgeschäften, die den Umfang 500-3.000 EUR betreffen, ist der/die Obmann/-frau zusammen mit dem/der Finanzreferent/in, im Verhinderungsfall sein/ihre Stellvertreter/in vertretungsbefugt.
 - Für alle anderen Rechtsgeschäfte ist der Bundesvorstand nur gemeinsam vertretungsbefugt.
- Der Bundesvorstand kann Mitgliedern und Partei-Arbeitskräften mit einstimmigem Beschluss Handlungsvollmachten einräumen.
- Zeichnungsberechtigt sind die Parteivorsitzende gemeinsam mit der Bundesfinanzreferentin oder der Bundesgeschäftsführerin.

Die Partei unterwirft sich den geltenden österreichischen Gesetzen im Zusammenhang mit Parteispenden, und wird auch Rechenschaftsberichte iS 5 PartG abliefern.

13. RECHNUNGSPRÜFER/IN

Der/die Rechnungsprüfer/in wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von jeweils zwei Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Rechnungsprüfer/innen dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Mitgliederversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist, und können auch Personen sein, die selbst nicht Mitglied der Partei sind. Zum Rechnungsprüfer sollten Personen mit einschlägiger Berufsausbildung bestellt werden.

Der/die Rechnungsprüfer/in kann keine weiteren innerparteilichen Funktionen auf Bundesebene ausüben.

Dem/der Rechnungsprüfer/in obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung der Partei im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, die inhaltliche Bewertung auf den Prinzipien „Nachhaltigkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit“, sowie auf die satzungsgemäße Verwendung der Mittel.

Der Bundesvorstand hat dem/der Rechnungsprüfer/in die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Der/die Rechnungsprüfer/in hat der Mitgliederversammlung einmal jährlich über das Ergebnis der Prüfung des vorangegangenen Rechnungsjahres schriftlich Bericht zu erstatten.

14. BUNDESSCHIEDSGERICHT

Das Bundesschiedsgericht entscheidet

1. auf Anrufung des/der Betroffenen in Streitfällen über einen Parteiausschluss,
2. auf Anrufung von zehn Mitgliedern, die bei der Wahl ihr aktives oder passives Wahlrecht ausgeübt haben, über die Anfechtung einer Organwahl

(a) Generelle Zusammensetzung

Das Bundesschiedsgericht ist dazu berufen, die ihm per dieser Satzung unter Punkt 12 zugeteilten internen Konflikte der Partei zu schlichten. Es setzt sich wie folgt zusammen: Eine Konfliktpartei benennt schriftlich ein Mitglied des Bundesschiedsgerichts als Schiedsrichter und teilt dies dem Bundesvorstand mit. Auf Anforderung des Bundesvorstands benennt innerhalb von 14 Tagen auch die andere Konfliktpartei ein Mitglied als Schiedsrichter. Innerhalb von 7 Tagen nach dieser Mitteilung wählen die benannten Schiedsrichter innerhalb weiterer 14 Tage ein drittes Mitglied als Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichts. Sollten die beiden Schiedsrichter sich nicht rechtzeitig auf eine dritte Person einigen, erfolgt die Ernennung durch den Obmann/frau. Das Bundesschiedsgericht trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder, basierend auf deren bestem Wissen und Gewissen. Die Anrufung ordentlicher Gerichte zur Streitbeilegung ist erst möglich, nachdem das Bundesschiedsgericht eine Entscheidung getroffen hat.

(b) Ort, Termin der Verhandlung

Der/die Vorsitzende hat den Termin und den Ort zu bestimmen, der für alle ein größtes Maß an Erreichbarkeit und den relativ geringsten Aufwand bedeutet bzw. wo dringend benötigte Unterlagen oder Zeugen leicht beschaffbar sind.

(c) Einholung schriftlicher Standpunkte

Der/die Vorsitzende hat nach Erhalt der Anrufung des Bundesschiedsgerichts dafür zu sorgen, dass beide Streitparteien ihren Standpunkt schriftlich dem Schiedsgericht darlegen. Tut dies eine Partei nach schriftlicher Aufforderung (auf dem eingeschriebenen Postweg) nicht innerhalb von 14 Tagen (Postaufgabe zählt) nach Erhalt der Aufforderung, so ist anzunehmen, dass sie auf diese Möglichkeit verzichtet, außer eine Streitpartei verlangt wegen der Beibringung von Zeugen oder Unterlagen nach einer Erstreckung der Frist. Diese Erstreckung ist nach Maßgabe der Möglichkeiten bis zu einem maximalen Ausmaß von zwei Monaten zu gewähren. Der/die Vorsitzende hat danach die Ladungen an alle Betroffenen (Beisitzer/in, Streitparteien, eventuelle Zeugen, etc.) so rechtzeitig zu versenden, dass wenigstens 14 Tage, höchstens ein Monat zwischen dem Erhalt der Ladung und der Schlichtungsverhandlung liegen.

(d) Verhandlung

Die Schlichtungsverhandlung findet nur dann öffentlich für Mitglieder statt, wenn keine der beiden Streitparteien dies ausschließt (jede Partei hat eine/n Sprecher/in in dieser Frage zu benennen). Die Schlichtungsverhandlung findet mündlich statt.

Als erster Tagesordnungspunkt hat immer der Versuch des Bundesschiedsgerichts zu stehen, einen Vergleich der Streitparteien herbeizuführen. Gelingt dies nicht, so wird die Verhandlung eröffnet und den Parteien Gelegenheit gegeben, ihren Standpunkt mündlich darzulegen.

Nach der Anhörung von Standpunkten und eventuellen Zeugen bzw. der Beibringung von Unterlagen, zieht sich das Bundesschiedsgericht zu eingehender Beratung zurück und entscheidet in geheimer Abstimmung mit einfacher Mehrheit. Die Möglichkeit einer Stimmenthaltung gibt es nicht. Der Spruch kann auch schriftlich ergehen, und zwar innerhalb von 14 Tagen nach Ende der mündlichen Verhandlung.

(e) Berufung

Den Streitparteien steht die Berufung an die Bundesversammlung offen. Die Berufung an die Bundesversammlung muss innerhalb einer Frist von 4 Wochen schriftlich (Postaufgabe zählt) bei sonstigem Verlust des Berufungsrechtes, beim Bundesparteivorstand, eingereicht werden. Die Berufung ist zu begründen.

(f) Protokoll

Über die Sitzung des Bundesschiedsgerichts ist ein Protokoll mit Beifügung aller derzeit notwendigen Unterlagen zu führen und ergeht an beide Streitparteien. Es steht den Parteien frei, den Spruch zu veröffentlichen - es sei denn, es wurde zuvor anderes gemeinsam vereinbart.

15. BUDGET, MITTELBSCHAFFUNG, FINANZEN

Die finanziellen Mittel werden beschafft durch:

1. Mitgliedsbeiträge
2. Geld- und Sachspenden
3. Letztwillige Verfügungen und Schenkungen
4. Erträge aus dem Parteivermögen
5. Subventionen öffentlicher und privater Stellen
6. Mittel aus der öffentlichen Parteienfinanzierung
7. Erträge aus Parteiveranstaltungen

16. SATZUNGSÄNDERUNG

Änderungen der Satzung bedürfen eines Beschlusses der Mitgliederversammlung mit zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen. Sie können in jeder Mitgliederversammlung (außer in adhoc-Mitgliederversammlungen) beschlossen werden, sofern sie mit der Einladung zur Versammlung angekündigt worden sind.

Die derart geänderte Satzung ist ab dem Ende der Mitgliederversammlung gültig, in der die Änderung beschlossen wurde.

17. AUFLÖSUNG

Die Auflösung der Partei kann nur in einer Mitgliederversammlung mit drei Viertel Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen beschlossen werden und bedarf einer zwei Drittel Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Ein allfälliges Vermögen der Partei soll im Sinne des Gesetzes verteilt werden.